



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Schwier

Telefon: (0221) 22129251

Fax: (0221) 22129241

E-Mail: uta.schwier@stadt-koeln.de

Datum: 21.12.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 08.11.2010, 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla	CDU
----------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Axel Kaske	SPD	in Vertretung für Herrn Ott
Frau Monika Schultes	SPD	in Vertretung für Frau Mucuk-Edis
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Herr Franz Philippi	SPD	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU	
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	
Frau Yvonne Gebauer	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol	DIE LINKE
-------------------	-----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.	in Vertretung für Frau Hoheisel-Adejolo
Frau Hildegard Fuhrmann	SPD	
Frau Hanne Kirchhoff	auf Vorschlag der SPD	
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU	
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU	

- den Auszug aus Beschlussprotokoll des Sportausschusses und
- den Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift des SOSE verteilt sowie
- den Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift des StEA
-

TOP 5.5 bis 5.7 (TOP 5.7 als Tischvorlage)

TOP 6.1.3

TOP 6.3.8 bis 6.3.11 (6.3.10 und 6.3.11 als Tischvorlage), sowie um eine ergänzende Mitteilung zu TOP 6.3.3 (liegt als Tischvorlage vor)

TOP 6.4.1 als Tischvorlage

TOP 9.1

TOP 12.2 als Tischvorlage

Frau Manderla bittet um Kenntnisnahme, dass sie die Sitzung gegen 18.00 Uhr verlassen muss. Die Vertretung übernimmt Frau Gebauer.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Niederschriften

- 1.1 Niederschrift über die Sitzung am 20.09.2010

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Beantwortung zu: Schadstoffbelastung in der Grundschule Olpener Straße in Köln-Brück
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke für den Schulausschuss am 30.08.2010
3957/2010

- 3.1.2 Beantwortung zu: Kürzung des Angebots der VHS
3811/2010

- 3.1.3 Beantwortung zu: Barrierefreiheit in städtischen Schulen
4440/2010

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Inklusion in der Offenen Ganztagsschule

Beantwortung zu: "Inklusion in der Offenen Ganztagsschule"
4219/2010

3.2.2 VHS - Mindestteilnahmezahlen AN/2028/2010

Beantwortung zu: Mindestteilnehmerzahlen bei VHS-Veranstaltungen
4689/2010

3.2.3 RMS - Ferienüberhang AN/2029/2010

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Vorlagen der Verwaltung

- 5.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010
- 5.2 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
- 5.3 Namensgebung für die Städtische Gemeinschaftsgrundschule Görlinger Zentrum 45, 50829 Köln
2205/2010
- 5.4 Jahresbericht 2009
4172/2010
- 5.5 Einrichtung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Severinstrasse 241, 50676 Köln
3479/2010
- 5.6 Berufung einer/eines Vertreterin/Vertreters der Bezirksschülervertretung als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners
4233/2010
- 5.7 Errichtung eines Grundschulverbundes mit der Stammschule GGS Honschaftsstraße und dem Teilstandort KGS Honschaftsstraße in Köln- Höhenhaus zum 01.02.2011
4431/2010

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
 - 6.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Schlieben zu "Beendigung der Schullaufbahn ohne Abschluss - Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates vom 24.08.2010 (3653/2010)"
3924/2010
 - 6.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/1519/2010: NRW-Bildungsinitiative "Jedem Kind ein Instrument - JEKI"
3874/2010

- 6.1.3 Fachstelle Hochbegabung
4376/2010
- 6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.3.1 Die Angebotsübersicht der RAA für das zweite Halbjahr 2010 ist erschienen
3869/2010
 - 6.3.2 Gesamtschule in Köln-Nippes - Ganztage
4073/2010
 - 6.3.3 Eckpunktepapier der Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW "Gemeinschaftsschule"
4088/2010

Ergänzung zu TOP 6.3.3: Gründung von Gemeinschaftsschulen in Köln
hier: Elternbefragung
4639/2010
 - 6.3.4 Eckpunkte und Zeitplan zum Schulversuch "Abitur an Gymnasien nach 12 oder 13 Jahren"
4092/2010
 - 6.3.5 Fragebogenaktion zur Sprachförderung im Offenen Ganztage 2010/2011
4199/2010
 - 6.3.6 Köln auf dem 7. Ganztagegsschulkongress 12./13. November 2010 in Berlin
4202/2010
 - 6.3.7 Bericht der U 25 Konferenz
4221/2010
 - 6.3.8 Vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 27.09.2010 in den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegebene Beantwortungen
4277/2010
 - 6.3.9 Schule für Europa
3786/2010
 - 6.3.10 Die Zukunft unserer Schulen - Zweite Dialogkonferenz
4266/2010
 - 6.3.11 Landesprogramm "Kultur und Schule"
4418/2010

6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung

6.4.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau
4612/2010

7 Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben - Albertus Magnus Gymnasium

7.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann - Schüler/innen mit sonder-
schulischen Förderbedarf

7.3 Mündliche Anfrage der CDU Fraktion - Kooperatin Rheinische Musikschule
Hochschule für Musik und Tanz

7.4 Mündliche Anfrage von Frau Riedel - finanzielle Ausstattung an Schulen

7.5 Mündliche Anfrage von Frau Riedel - Schulbudget

8 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Niederschriften

9.1 Niederschrift über die Sitzung am 20.09.2010

10 Gleichstellungsrelevante Themen

11 Beantwortung von Anfragen; Mitteilungen

11.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

11.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

11.3 Mitteilungen der Verwaltung

11.4 Bericht aus dem Unterausschuss Ganztagsbetreuung

12 Personalien

12.1 Besetzung der Stelle Rektor/in der Gemeinschaftsgrundschule Vogelsanger
Straße in Köln Vogelsang
4171/2010

12.2 Besetzung der Stelle Rektor/in an der Gemeinschaftsgrundschule Cäsarstra-
ße in Köln Bayenthal
4637/2010

13 Vorlagen

14 Anfragen

14.1 Beantwortung von früheren Anfragen

14.2 Neue Anfragen

15 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung am 20.09.2010

Die Niederschrift wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bedauert es sehr, dass zu TOP 6.3.4 der Sitzung vom 20.09.2010 „Jahresbericht der VHS“ keine Inhalte wiedergegeben wurden.

Er bittet dies zukünftig zu optimieren und die Berichterstattung bei wichtigen Tagesordnungspunkten ausführlicher zu gestalten.

Frau Senol, Fraktion Die Linke, bittet ihre Wortbeiträge zukünftig umfangreicher zu erfassen. In diesem Zusammenhang weist Frau Senol darauf hin, dass sie in der letzten Sitzung zu TOP „Sachbericht Schulsozialarbeit“ ebenfalls nach den Sozialraumkriterien gefragt habe, ihre Nachfrage jedoch nicht vermerkt worden sei.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Beantwortung zu: Schadstoffbelastung in der Grundschule Olpener Straße in Köln-Brück hier: Anfrage der Fraktion Die Linke für den Schulausschuss am 30.08.2010 3957/2010

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage der Fraktion Die Linken erläutert Herr Prof. Dr. Wiesmüller, dass mittlerweile keine Altstoffprüfungen mehr durchgeführt werden. Er weist darauf hin, dass die Containerhersteller strengsten Vorgaben unterliegen, so dass sich weitere Prüfungen nach seiner Einschätzung nahezu erübrigt haben.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller informiert, dass in Kölner Ausschreibungsunterlagen so strenge Vorgaben formuliert sind, die den Bieterkreis extrem einschränken. Eine Übertragung eines Neubaustandards an Containerbauten sei nicht möglich.

3.1.2 Beantwortung zu: Kürzung des Angebots der VHS 3811/2010

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen, bittet um Erklärung warum die Personalkosten von 2009 zu 2010 trotz Angebotsreduzierung erheblich gestiegen sind.

Frau Hammelrath weist darauf hin, dass die Einberechnung der Rückstellungen sowie antizipierte Tarifsteigerungen zu dem Anstieg der Personalkosten geführt haben.

Auf Nachfrage erklärt Frau Hammelrath, dass die „HPM“ (hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter) ausschließlich das „offene Angebot“ planen, darüber hinaus gäbe es einen großen Bereich, in dem weitere Mitarbeiter durch Projekte, in denen sie arbeiten, refinanziert würden.

Frau Hammelrath weist darauf hin, dass derzeit die Mindestbeschäftigungszahl an HPM angestellt ist, wie es zur Inanspruchnahme der Refinanzierung durch das Land notwendig ist.

3.1.3 Beantwortung zu: Barrierefreiheit in städtischen Schulen 4440/2010

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Inklusion in der Offenen Ganztagsschule

Beantwortung zu: "Inklusion in der Offenen Ganztagsschule" 4219/2010

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

3.2.2 VHS - Mindestteilnahmezahlen AN/2028/2010

Beantwortung zu: Mindestteilnehmerzahlen bei VHS-Veranstaltungen 4689/2010

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage von Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen erklärt Frau Hammelrath, dass bei einer „Minderteilnehmerzahl“ entweder die Kursgebühr prozentual angehoben, oder die Laufzeit des Kurses verkürzt werde.

3.2.3 RMS - Ferienüberhang AN/2029/2010

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010

Herr Philippi, SPD Fraktion, bringt seine Wertschätzung über das eingebrachte Konzept deutlich zum Ausdruck. Er berichtet, dass die ersten 2 Säulen, der allgemeine Teil und die Handlungsempfehlungen, positiv zur Kenntnis genommen werden sollten. Er empfiehlt jedoch die 3. Säule, die die konkreten Maßnahmen beinhaltet, fortzuentwickeln.

Frau Lüttig, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt vor, den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses über die Kenntnisnahme des Konzeptes aufzugreifen. Mit Bezug auf die Ausführungen der SPD Fraktion fordert jedoch auch sie eine deutliche Positionierung hinsichtlich der auch aus Ihrer Sicht weiterzuentwickelnden Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang weist sie auf einen Passus aus dem Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren hin, der die Notwendigkeit der Überarbeitung des Maßnahmenpaketes deutlich zum Ausdruck bringt.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, kritisiert ebenfalls, dass bei dem eingebrachten Konzept konkrete Handlungsempfehlungen nicht vorhanden sind.

Frau Senol, Die Linken, weist eindringlich darauf hin, dass „Schule“ ein wichtiger Punkt im Kontext mit Integration ist. Sie kritisiert, dass dieser Gesichtspunkt im vorgelegten Konzept nicht ausreichend Berücksichtigung gefunden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln nimmt das „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ zur Kenntnis und drückt ausdrücklich die Wertschätzung für die geleistete Arbeit aus. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.2 Leitbild Köln 2020 Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010

In Anbetracht, dass der federführende Ausschuss für Soziales und Senioren die Vorlage zurückgestellt hat, schlägt Herr Philippi, SPD Fraktion vor, die Vorlage ebenfalls zurückzustellen.

Auf Anregung von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bittet Frau Manderla die Verwaltung einen Entwicklungsbericht für den Part „Schule und Bildung“ vorzulegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Vorlage zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.3 Namensgebung für die Städtische Gemeinschaftsgrundschule Görlinger Zentrum 45, 50829 Köln 2205/2010

Mit Hinweis auf die vom Rat getroffene Grundsatzentscheidung, erklärt Herr Philippi, dass die SPD Fraktion, aufgrund der darin nachvollziehbaren sachlichen und fachlichen Argumentation, der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Er regt an, dass der Schulträger die Ablehnungsgründe transparent macht und Schulen in vergleichbaren Fällen bereits im Findungsprozess zur Seite steht, damit zukünftig Irritationen vermieden werden können.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, und Frau Gebauer, FDP Fraktion, signalisieren mit Hinweis auf den wohlgedachten Grundsatzbeschluss des Rates, die Zustimmung zu der Verwaltungsvorlage.

Man weise ausdrücklich darauf hin, dass diese Entscheidung nicht gegen die Schule oder gegen das vorberatende Gremium gerichtet ist. Vielmehr bestehe die Ansicht, dass derzeit keine abschließende Beurteilung über das Lebenswerk der Namensgeberin möglich ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schließt sich den Vorrednern an. Auch für ihn sei eine intensive Kommunikation zur Nachvollziehbarkeit der Entscheidung äußerst wichtig. Er sei von großer Bedeutung, dass den Kindern und der Schule verständlich gemacht würde, aus welchen Gründen der Namensgebung - Wunsch abgelehnt wurde.

Er regt weiterhin an, dass zukünftig Vertreter des Schulträgers bei den Schulkonferenzen anwesend sind, um bereits im Vorfeld beratend zur Seite stehen zu können.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass durch einen engen Austausch mit der Schulkonferenz die Wertschätzung gegenüber der Schule und deren Bestrebungen ausgedrückt werde. Sie kündigt an, die Gründe, die zu der Ablehnung des Namenswunsches führten, ausführlich und nachvollziehbar zu erläutern.

Darüber hinaus werde man in der „Schulpost“ auf diese Richtlinie hinweisen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschlie-

ßen:

„Der Rat beschließt, dass der beantragte Eigenname

„Cornelia-Funke-Schule“

für die Gemeinschaftsgrundschule Görlinger Zentrum 45, 50829 Köln, abgelehnt wird.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.4 Jahresbericht 2009
4172/2010**

Herr Dr. Heinen, SPD Fraktion, bittet die Vorlage zu schieben. Er weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag nicht formuliert wurde. Dies sei durchaus nachvollziehbar, da die unterschiedlichen Themen unterschiedliche Beschlüsse mit Auswirkungen inhaltlicher und finanzieller Art haben könnten. Hier sei eine differenzierte Sichtweise unabdingbar notwendig.

Abschließend regt Herr Dr. Heinen darüber hinaus an, eine Kurzübersicht zu erstellen, die den schnellen Überblick ermöglicht.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, bemängelt die fehlende Aktualität des Berichtes. In Hinblick auf das Thema „Ganztagsoffensive des Landes“ bittet Herr Dr. Schlieben um Mitteilung, ob es derzeit interessierte Schulen gäbe, deren Wunsch keine Berücksichtigung finden konnte.

Frau Dr. Klein berichtet, dass das Berichtswesen derzeit verwaltungsintern überarbeitet werde, um eine schnellere und effektivere Berichterstattung zukünftig sicherzustellen.

Zum Thema „Ganztag“ führt Frau Dr. Klein aus, dass bei der damaligen Entscheidung alle Schulen berücksichtigt werden konnten. Zur Umsetzung dieses Projektes wurden 280 Mio € bereitgestellt, die neben den anderen laufenden Baumaßnahmen derzeit umgesetzt werden müssen.

Angesichts dieser enormen Arbeitsbelastung für die Gebäudewirtschaft empfiehlt Frau Dr. Klein dringend, auch wenn zwischenzeitlich weitere Schulen ihr Interesse angemeldet haben, zunächst die sukzessive Umsetzung dieser beschlossenen Maßnahmen. Nach deren Umsetzung könnten dann weitere Projekte in Angriff genommen werden.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, bittet die Verwaltung den Bericht auf den Sachstand 30.09.2010 zu aktualisieren und erneut vorzulegen um den aktuellen Bezug herzustellen.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet die Verwaltung eine Übersicht vorzulegen, welche Schulen derzeit im Ganztag sind. Hierbei bittet sie Bezug auf die Schulumgebung zu nehmen um den Bedarf der Eltern einschätzen zu können. Diese Informationen könnten Auswirkungen auf die Handhabung dieses Themas im politischen Raum haben.

Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung eine Auflistung vorzulegen, aus der hervorgeht welche Schulen derzeit Interesse angemeldet haben, aber noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Weiterhin fragt Herr Dr. Schlieben nach dem Vorlagezeitpunkt des Schulentwicklungsplans. Er bittet dabei um Berücksichtigung, dass die Vorlage frühzeitig eingebracht wird, damit eine Beratung in den Arbeitskreisen der Fraktionen möglich ist.

Frau Dr. Klein teilt mit, dass aktuelle Geschehnisse, z.B. das Modellvorhaben Gemeinschaftsschule, ein großes Ausmaß an Kapazitäten gebunden haben, so dass eine Vorlage des Schulentwicklungsplans im 1. Quartal 2011 erfolgen wird.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Vorlage zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.5 Einrichtung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Severinstrasse 241, 50676 Köln 3479/2010

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung und Ausstattung des Gymnasiums Severinstrasse 241, im Rahmen der Generalinstandsetzung.
2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:
„Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Kassenmittel in Höhe von 800.000,- EUR.
Die Finanzmittel stehen im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, bei Zeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen – bereit. „

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.6 Berufung einer/eines Vertreterin/Vertreters der Bezirksschülervertretung als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners 4233/2010

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt für die Bezirksschülervertretung

- als ständiges Mitglied mit beratender Stimme Frau Judith Häuser zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.7 Errichtung eines Grundschulverbundes mit der Stammschule GGS Honschaftsstraße und dem Teilstandort KGS Honschaftsstraße in Köln- Höhenhaus zum 01.02.2011
4431/2010**

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla kritisiert das Einbringen dieser Beschlussvorlage als Tischvorlage, da eine intensive Betrachtung des Projektes daher nicht möglich sei.

Mit Rücksicht jedoch auf den Wunsch beider Schulen mit der Umsetzung dieses Prozesses fortfahren zu können, wird die Vorlage zur Beratung gestellt.

Herr Philippi, SPD Fraktion signalisiert, trotz des Einbringens als Tischvorlage, mit Hinweis auf die erforderlichen weiteren Planungen der Schulen, die Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Herr Bold, Vertreter der katholischen Kirche, berichtet dass die katholische Kirche den Prozess von Anfang an begleitet hat und nur Positives zu berichten hat.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 82 Abs. 3 SchulG die bisher eigenständig geführten Grundschulen GGS Honschaftsstraße und KGS Honschaftsstraße in Köln Höhenhaus in einen Grundschulverbund zum 01.02.2011 zusammenzufassen. Hierbei verändert sich die GGS Honschaftsstraße in die Stammschule und die KGS Honschaftsstraße in den konfessionsgebundenen Teilstandort.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet. „

* Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf den 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Mülheim dem Beschlussvorschlag ohne Änderung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

6.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Schlieben zu "Beendigung der Schullaufbahn ohne Abschluss - Beantwortung der An-

**frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates vom 24.08.2010 (3653/2010)"
3924/2010**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage von Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, hinsichtlich der beträchtlichen Abweichung der Abschlussquote bei den Hauptschulen, erläutert Frau Dr. Klein, dass im Rahmen des Regionalen Bildungsbüros mit den betreffenden Schulen Kontakt aufgenommen wurde, um die Situation vor Ort analysieren zu können. Frau Dr. Klein kündigt zeitnah einen Bericht an, der den Sachstand darstellt.

Herr Dr. Zimmermann, CDU Fraktion, bittet in diesem Zusammenhang um Mitteilung wie viele Schüler nach Erfüllung der Pflichtschuljahre zusätzlich zu den aufgeführten Sekundarstufe I Abgängern die Hauptschule verlassen.

**6.1.2 Beantwortung der Anfrage AN/1519/2010: NRW-Bildungsinitiative "Jedem Kind ein Instrument - JEKI"
3874/2010**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Erläuterung der dargestellten Zahlen und deren Abhängigkeiten.

**6.1.3 Fachstelle Hochbegabung
4376/2010**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Manderla schlägt vor, die nächste Sitzung des Ausschusses in der Hochschule für Musik abzuhalten.

Frau Dr. Klein stimmt diesem Anliegen gerne zu.

6.3 Mitteilungen der Verwaltung

**6.3.1 Die Angebotsübersicht der RAA für das zweite Halbjahr 2010 ist erschienen
3869/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**6.3.2 Gesamtschule in Köln-Nippes - Ganztags
4073/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Zimmermann, CDU Fraktion, stellt Frau Dr. Klein in Aussicht, dass der Ganzttag an den Gymnasien grundsätzlich weiter ausgebaut werden könnte, jedoch die Finanzierungsfragen zu klären sind.

6.3.3 Eckpunktepapier der Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW "Gemeinschaftsschule" 4088/2010

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Heinen erläutert, dass die durch Schulschließungen zukünftig frei werdenden Schulimmobilien weiter genutzt werden.

In diesen Gebäuden würden Klassen der alten Schulform weiterlaufen, die Nutzung des Gebäudes erfolge gemeinsam mit der neu zu gründenden Schulform, der Gemeinschaftsschule.

Frau Dr. Klein führt auf Nachfrage aus, dass die Urform des Eckpunktepapiers eine Zusammenführung mehrerer Schulformen anstrebt. Es seien jedoch auch allgemeine Anträge des Schulträgers möglich, wie z.B. das Umwandeln einer Hauptschule in eine Gemeinschaftsschule.

Frau Dr. Klein betont, dass dieser Prozess im Einvernehmen mit den Schulen und den Eltern besprochen wird.

In diesem Zusammenhang erinnert Frau Dr. Klein an die Elternbefragung, deren Ergebnis der Wunsch der Eltern nach einem längeren gemeinsamen Lernen war. Deshalb werden derzeit die Eltern der Kinder befragt, die das 3. und 4. Schuljahr der Grundschulen besuchen, die im Einzugsbereich der vorgesehenen Gemeinschaftsschulen liegen oder einen ähnlichen pädagogischen Ansatz haben.

Frau Nessler-Komp, CDU Fraktion, bittet die Verwaltung den Fragebogen dieser Elternbefragung zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Klein führt sagt zu, dass dieser Fragebogen der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, steht den Ausführungen von Frau Dr. Klein kritisch gegenüber und Herr Dr. Zimmermann, CDU Fraktion, sieht in den „grundlegenden Vorgaben“ „Klassengröße“, „Lehrerarbeitszeit“ etc....für die Gemeinschaftsschule eine Ungleichbehandlung zu den anderen Schulen.

Herr Thelen, Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt das vorgestellte Konzept, welches die Belange der Eltern aufgreift und die Bildungschancen für die Kinder erhöht.

Abschließend spricht Herr Thelen seinen Dank für die schnelle Arbeit der Verwaltung aus.

Ergänzung zu TOP 6.3.3: Gründung von Gemeinschaftsschulen in Köln hier: Elternbefragung 4639/2010

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

6.3.4 Eckpunkte und Zeitplan zum Schulversuch "Abitur an Gymnasien nach 12 oder 13 Jahren" 4092/2010

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**6.3.5 Fragebogenaktion zur Sprachförderung im Offenen Ganzttag 2010/2011
4199/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Gorklo-Blameuser weist auf Nachfrage darauf hin, dass der Rückgabetermin am 15.12.2010 ist, die Ergebnisse damit erst Anfang nächsten Jahres zur Verfügung stehen werden.

**6.3.6 Köln auf dem 7. Ganzttagsschulkongress 12./13. November 2010 in Berlin
4202/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**6.3.7 Bericht der U 25 Konferenz
4221/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**6.3.8 Vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 27.09.2010 in den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegebene Beantwortungen
4277/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**6.3.9 Schule für Europa
3786/2010**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**6.3.10 Die Zukunft unserer Schulen - Zweite Dialogkonferenz
4266/2010**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Zimmermann bittet die Verwaltung über den Erfolg des Piloten „Kompetenzteam Lindenthal“ zeitnah zu berichten.

Frau Dr. Klein kündigt an, dass es zu Anfang des nächsten Jahres geplant ist über die konkreten Maßnahmen zu berichten.

**6.3.11 Landesprogramm "Kultur und Schule"
4418/2010**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung

6.4.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau 4612/2010

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet die Verwaltung aufgeführte Verzögerungen ausführlicher zu begründen.

7 Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben - Albertus Magnus Gymnasium

Für das Albertus Magnus Gymnasium ist zu Beginn des nächsten Schuljahres die Einführung einer Vierzügigkeit unter Einbeziehung des Schulgebäudes auf der Overbeckstraße geplant. Nach eigenen Aussagen und einem entsprechenden einstimmigen Schulkonferenzbeschluss wollen die Eltern und Schüler des AMG eine solche Entscheidung nicht akzeptieren, da sich schwer wiegende Nachteile für die Schulgemeinschaft ergeben würden, wie z. B. die Ausgliederung einzelner Teile der Schüler- und Lehrerschaft aus dem bestehenden Standort, die Entwicklung einer „Subkultur“ am neuen Standort oder auch ein nicht mehr mögliches Aufrechterhalten der gewachsenen Schulkultur und der in den letzten Jahren erarbeiteten pädagogischen Konzepte.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Verwaltung die hier aufgeführten Sorgen der Schüler und Eltern oder beurteilt die Verwaltung den Sachverhalt anders?
2. Warum werden die Planungen zur Verwirklichung der Vierzügigkeit nicht auf der Basis der vorliegenden Machbarkeitsstudie weitergeführt, die einen optimalen Gebäudekomplex auf dem Schulgebäude vorsieht, der sich an der zu errichtenden Mensa anschließt?

7.2 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann - Schüler/innen mit sonderschulischem Förderbedarf

In der Diskussion über die Umsetzung der Förderung nach Inklusion ergibt sich manchmal der Eindruck, als sei die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigte mit der Arbeit der Förderschulen unzufrieden.

- Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung über die Zufriedenheit mit der Arbeit der Förderschulen und der Schulen mit gemeinsamem Unterricht vor?

- Sind geeignete Evaluationsmaßnahmen -gestaffelt nach Förderschwerpunkten- in Zukunft geplant?

7.3 Mündliche Anfrage der CDU Fraktion - Kooperation Rheinische Musikschule Hochschule für Musik und Tanz

1. Die Verwaltung wird gebeten, über bestehende oder geplante Kooperationen zwischen der Rheinischen Musikschule und der Hochschule für Musik und Tanz Köln zu berichten. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, wie und auf welche Weise Schülerinnen und Schüler der Rheinischen Musikschule auf ein Berufsstudien an der o.g. Hochschule vorbereitet werden und welche wechselseitigen Synergieeffekte im Zusammenhang mit der Abteilung Pre-Colleges bestehen bzw. geplant sind.
2. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten die Anzahl der Lehraufträge, die durch die Dozentinnen und Dozenten der Rheinische Musikschule an der Hochschule für Musik und Tanz Köln wahrgenommen werden, ihm Charakter nach (künstlerisch/wissenschaftlich) zu benennen.
3. Auch interessiert die Frage, inwieweit Hochschulleitung und Schulleitung perspektivische, strukturelle und inhaltliche Fragen gemeinsam besprechen, auch vor dem Hintergrund des Abschlusses eines möglichen Kooperationsvertrages zwischen beiden Partnern.

7.4 Mündliche Anfrage von Frau Riedel - finanzielle Ausstattung an Schulen

Frau Riedel bittet um Mitteilung, ob eine Erstattung der in 2009 nicht verbrauchten Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz vorgesehen ist.

Weiterhin bittet sie um Stellungnahme welche Vorgehensweise in 2010 und 2011 geplant ist.

7.5 Mündliche Anfrage von Frau Riedel - Schulbudget

Frau Riedel bittet um Stellungnahme, ob weiterhin eine Kürzung der letzten Rate des Schulbudget um 10% vorgesehen ist und weiterhin um Stellungnahme welche Planungen für 2011 vorgesehen werden.

8 Verschiedenes

Zu diesem TOP liegt nichts vor.

Manderla
Vorsitzende

Schwier
stellv. Schriftführerin